

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Johannes Kraft (CDU)**

vom 30. September 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 2. Oktober 2024)

zum Thema:

Infrastrukturberechnungen

und **Antwort** vom 17. Oktober 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 21. Oktober 2024)

Herrn Abgeordneten Johannes Kraft (CDU)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/20507
vom 30. September 2024
über Infrastrukturberechnungen

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Warum wird das Thema Polizei bei den bisherigen Infrastrukturberechnungen trotz steigender Einwohnerzahlen nicht berücksichtigt?
2. Welche Gründe gibt es dafür, dass die Polizei in den standardisierten Infrastrukturberechnungsprogrammen nicht enthalten ist?

Zu 1. und 2.:

Die Sicherheitsinfrastruktur ist nicht Gegenstand der Strategie zur integrierten Infrastrukturplanung (SIIP), die sich auf soziale oder grüne Infrastruktur bezieht.

3. Welche Auswirkungen hat es auf die Sicherheitsplanung, wenn die Polizei in den Infrastrukturberechnungen vernachlässigt wird?

Zu 3.:

Die Belange der Sicherheitsbehörden, so auch die der Polizei Berlin und der Berliner Feuerwehr, werden regelmäßig im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung geprüft. Entscheidend ist dabei, dass dabei die durch die wachsende Stadt und die Errichtung neuer Stadtquartiere zunehmenden Bedarfe der Polizei berücksichtigt werden. In den letzten Jahren ist dementsprechend beispielsweise ein Stellenaufwuchs in beiden Behörden erfolgt. Für die Polizei Berlin werden zwar derzeit keine neuen Standorte für

Abschnitte benötigt, allerdings ist der Aufwuchs im Bereich der Stellen und des Personals sowie der Investitionen auch in Zukunft von entscheidender Bedeutung, um auch zukünftig die umfassenden wachsenden Aufgaben angemessen bewältigen zu können. Negative Auswirkungen bei nicht ausreichender Finanzierung wären insbesondere längere Eintreffzeiten von Einsatz- und Rettungskräften vor Ort sowie längere Bearbeitungszeiten bei Ermittlungsverfahren.

4. Wie könnte die Berücksichtigung der Polizei in zukünftige Infrastrukturberechnungen integriert werden?

Zu 4.:

Vergleiche hierzu die Antwort zu Frage 3.

5. Welche anderen Infrastrukturbereiche werden möglicherweise ebenfalls nicht ausreichend in den standardisierten Berechnungsprogrammen berücksichtigt?

Zu 5.:

Es ist davon auszugehen, dass alle Ressorts im Rahmen ihrer Zuständigkeit ihre Bedarfe, auch im Hinblick auf die wachsende Einwohnerzahl, bei der Haushaltsplanaufstellung einbringen.

6. Welche Ansätze könnten helfen, die Polizeikapazitäten besser an die steigenden Einwohnerzahlen anzupassen?

7. Welche Konsequenzen könnten aus der Nichtberücksichtigung der Polizei bei der Infrastrukturplanung resultieren?

8. Gibt es Beispiele für Regionen, in denen die Polizei erfolgreich in Infrastrukturberechnungen integriert wurde?

9. Inwieweit könnte die Vernachlässigung der Polizei bei der Infrastrukturberechnung die öffentliche Sicherheit beeinträchtigen?

Zu 6. bis 9.:

Siehe hierzu die Antwort zu Frage 3.

Berlin, den 17. Oktober 2024

In Vertretung

Christian Hochgrebe

Senatsverwaltung für Inneres und Sport